

Erklärung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V. zur aktuellen Situation von geflüchteten Menschen

Einleitung

Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau e.V. (EJHN e.V.) hat sich in ihrer 27. Vollversammlung vom 06. November bis zum 08. November 2015 auf der Jugendburg in Hohensolms intensiv mit den Themen Flucht, Asyl und Migration befasst.

Wir sehen aktuell einen sehr hohen Handlungsbedarf. Nicht nur aus dem Gebot der christlichen Nächstenliebe heraus sich verantwortlich für Geflüchtete Menschen einzusetzen, sondern auch aus der Überzeugung im Hier und Jetzt der Gegenwart die Weichen für eine nachhaltige Flüchtlingspolitik der Zukunft stellen zu können, hat die EJHN dazu bewogen, dieses Positions- und Forderungspapier zu verfassen.

Wir möchten damit Impulse geben, das Thema nicht nur medial wahrzunehmen, sondern zu einem gelebten Teil der sich christlich verstehenden Jugendarbeit zu machen. Wir wollen uns mit diesem Positions- und Forderungspapier von der Vorstellung lösen, Geflüchtete Menschen als Opfer zu sehen, sondern als handelnde Menschen, die mit einem Schicksal in unser Land kommen und hier Schutz suchen.

Vorbemerkungen

Die Themen Flucht und Asyl sind allgegenwärtig und prägen derzeit den (Arbeits-)Alltag zahlreicher Menschen in diesem Land. Die Frage, ob es uns als Gesellschaft gelingen kann, die Herausforderungen dieser Situation zu meistern, liegt ganz bei uns. Integration und Inklusion von Menschen, die Schutz suchend in dieses Land kommen, sind Aufgaben, die nach unserem Dafürhalten nur auf Augenhöhe mit den Betroffenen gelingen kann. Wir als EJHN haben daher die Entscheidung getroffen, uns als Interessenvertretung von, für und mit Kindern und Jugendlichen, mit diesem Thema intensiv auseinanderzusetzen. In diesem Positionspapier verbinden wir daher unsere Überzeugungen und Gedanken zu dem Themenkomplex mit konkreten Forderungen, die wir an unsere Kirchengemeinden, die Dekanate, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und die Evangelische Kirche in Deutschland, aber auch an uns haben.

Unsere Ziele

Unsere Ziele sind vielfältig. Wir verspüren die Neugier am Kennenlernen des Unbekannten.

Wir setzen uns das klare Ziel, dass all jene, die sich uns zugehörig fühlen, zu einem Sprachrohr für geflüchtete Menschen werden. Wir sehen es als Aufgabe an uns selbst, egal in welcher Situation aufzuklären, anzustoßen und Position zu beziehen. Dazu bedarf es keiner Infrastruktur und keiner finanzieller Mittel. Wir möchten ein Verständnis für die Situation von geflüchteten Menschen wecken, ihre Anliegen öffentlich machen und sie in ihrer Integration und Inklusion aktiv begleiten. Dafür sind jedoch gewisse Forderungen an die Ebenen der Evangelischen Kirche notwendig.

Unsere Forderungen

...an die Kirchengemeinden

Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten für geflüchtete Menschen.

Räume der Begegnung, aber auch des Aufenthalts und Innehaltens sind wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren einer offenen und gelingenden Arbeit mit geflüchteten Menschen. Hier können die Gemeinden viel erreichen, indem sie all ihre Räumlichkeiten auf diesen Punkt hin einer kritischen Überprüfung unterziehen und dabei, auch mit Hilfe kreativer Lösungen, neue Räume für die Arbeit mit geflüchtete Menschen zur Verfügung stellen.

Zusätzliche Unterstützung bei der Planung und Organisation

Kirchengemeinden sind in der Regel sehr gut in die regionale Gesellschaft vernetzt und können daher einen wertvollen Beitrag zu einer besseren und effektiveren Unterstützung bei der Planung und Umsetzung unterschiedlicher Veranstaltungen und Aktivitäten leisten.

Informationsveranstaltungen zum Thema Flucht, Asyl und Migration

Meist herrschen Unsicherheit und Fragen bezüglich eines (Neu-)Zuzuges von geflüchteten Menschen in einer Kirchengemeinde. Die Gemeinden können hier einen wichtigen Präventionsauftrag wahrnehmen, indem sie im Vorfeld des Zuzuges aufklärende Veranstaltungen organisieren, oder an andere Informationsveranstaltungen erkennbar teilnehmen.

Organisation von Freizeitaktivitäten und Ausflügen

Eine strukturierte und ausgewogene Erlebnisfreizeit ist wesentliche Voraussetzung für einen ausgeglichenen Geist und Körper. Die Gemeinden können hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie geflüchtete Menschen und andere Gäste eine gemeinsame Freizeitgestaltung ermöglichen, auch und besonders in Form von Sprachreisen.

Das Kirchenasyl beibehalten

Das Kirchenasyl ist in weiten Teilen der Bevölkerung längst zu einem akzeptierten Akt der Barmherzigkeit und Nächstenliebe geworden. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Gemeinden an dieser Praxis auch weiterhin festhalten möchten.

Begegnungen ermöglichen

Die Kirchengemeinden nehmen eine Schlüsselposition in der Aufgabe wahr, gemeinsame Begegnungsveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen. Hier kann der wertschätzende Kontakt zwischen den geflüchteten Menschen und der einheimischen Bevölkerung ermöglicht werden. Dieses Ermöglichen von Begegnungen verstehen wir auch als aktive Aufklärungsarbeit.

Ängste der Menschen in den Gottesdiensten thematisieren

Viele Menschen sind verunsichert oder haben Angst, was die Flüchtlingsfrage angeht. Diese Ängste müssen ernstgenommen werden. Der Gottesdienst als Ort der Reflexion eignet sich nach unserem Dafürhalten am besten. Wir sehen daher insbesondere die Gemeindepfarrer gefordert, diesen Ort für die Thematisierung der Ängste zu nutzen.

Austausch mit anderen Religionen fördern

Die Begegnung und der Austausch mit anderen Religionen gehört seit langer Zeit zur Anforderung an die Evangelische Kirche. Gerade in diesen Zeiten ist es umso mehr notwendig den interreligiösen und interkonfessionellen Dialog zu unterstützen und weiter auszubauen. Hier sehen wir die Kirchengemeinden besonders in der Verantwortung.

Seelsorge und Beratung zur Verfügung stellen

Geflüchtete Menschen sind nicht selten traumatisiert und benötigen spezielle Fachkräfte zur psychischen Genesung. Die Seelsorge kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und sollte in jeder Gemeinde strukturiert zum Einsatz kommen.

Erstellung einer strukturierten Übersicht über die bereits bestehenden Angebote

Häufig stellt sich die Situation so dar, dass Gemeinden die Übersicht darüber verloren haben, welche Angebote in welchem Bereich ihrer Gemeinde, aber auch darüber hinaus, existieren. Wir fordern daher die Gemeinden auf, einen strukturierten Übersichtsplan über bereits bestehende Angebote in der Gemeinde, den Dekanaten, aber auch bei anderen Trägern zu erstellen, um mögliche Dopplungen zu vermeiden.

Vernetzung mit anderen Gemeinden

Die Vernetzung mit anderen Gemeinden, das schließt für uns explizit auch Gemeinden aller Religionen und Konfessionen mit ein, ist eine Grundvoraussetzung für ein engmaschiges Hilfsnetz für geflüchtete Menschen. Wir sehen daher die Gemeinden besonders gefordert diese Vernetzungen, wenn nicht bereits geschehen, nunmehr einzuleiten.

Durchführung von Spendenaktionen

Die Bereitschaft zu einer Spende ist ungebrochen hoch. Die Menschen nehmen diese Spendenaktionen gern an. Die Gemeinden sind, durch ihre regionale Verankerung, besonders gefragt diese Spendenaktionen zu koordinieren und durchzuführen. Hierbei kann es sich sowohl um Sach- und Kleiderspenden, als auch um Geldspenden handeln.

Herstellen eines Kommunikationsnetzwerkes bei Anwohner*innen

Meist sind die Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft einer Unterkunft für geflüchtete Menschen besonders verunsichert über die aufkommende Situation. Hier fordern wir die Gemeinden auf, in der Erstellung und dauerhaften Etablierung eines Kommunikationsnetzwerkes aus Anwohner*innen, geflüchteten Menschen und den Kirchengemeinden nachhaltig dafür Sorge zu tragen, dass auftretende Probleme unmittelbar und nachbarschaftlich gelöst werden können.

Dieses Netzwerk kann Akteur*innen umfassen, die nicht gemeindlichen Netzwerken angehören, aber durch ihre Kompetenz einen Mehrwert bieten, zum Beispiel Landkreise und Regierungsbezirke.

Benennung einer festen Zuständigkeit für das Thema im jeweiligen Kirchenvorstand

Besonders auf der Ebene des Kirchenvorstandes fordern wir eine klare personelle Zuweisung zu dem Thema. Dieses Personal kann von Seiten des Kirchenvorstandes der jeweiligen Gemeinde daran anschließend zusätzlich genutzt werden, um über eventuelle persönlichen Kontakte in Gremien, Ausschüssen und anderen politischen Organen regionalen, politischen Einfluss auf die handelnden Akteur*innen auszuüben.

Koordination der Arbeit mit regionalen Vereinen und anderen Kulturträgern

Vereine genießen in unserer Gesellschaft nach wie vor eine hohe Reputation und erfüllen Aufgaben der Identitätsstiftung und Identitätsbildung. Hierbei ist es unerheblich ob es sich um Sportvereine oder die Freiwilligen Feuerwehren handelt: Vereine und Kulturträger prägen das kulturelle Leben zahlreicher Regionen. Wir fordern die Kirchengemeinden daher auf, sich mit diesen Identitätsträgern zu vernetzen um eine gemeinsam koordinierte Flüchtlingsarbeit zu ermöglichen.

Unsere Forderungen

...an die Dekanate

Ankommen organisieren

Wir sehen die Dekanate, als überregionale Instanzen der Landeskirche, in besonderem Maße in der Pflicht das Ankommen der geflüchteten Menschen, gemeinsam mit anderen Akteur*innen zu organisieren, damit eine reibungslose Aufnahme der geflüchteten Menschen ermöglicht wird.

Organisation von Veranstaltungen gegen Rechts

Rechte Organisationen haben das Thema Flucht massiv strategisch wie kommunikativ besetzt und agieren mehr oder weniger unverhohlen gegen Zuwandernde, geflüchtete Menschen und andere Minderheiten. Dem wollen wir uns aktiv widersetzen. Gerade Jugendliche sind in den vergangenen Jahren massiv zur Zielgruppe für Anwerbeversuche geworden. Wir wollen daher mit punktuellen Aufklärungsveranstaltungen dem Thema aktiv entgegen wirken. Hierzu sehen wir besonders die Dekanate gefordert, solche Veranstaltungen sowohl inhaltlich, als auch organisatorisch in den Fokus ihrer Weiterbildungsplanungen einzubeziehen.

Spendenaktionen durchführen

Ähnlich wie die einzelnen Kirchengemeinden fordern wir auch die Dekanate dazu auf, kollektive Spendenaktionen für geflüchtete Menschen zu organisieren. Auch hier ist es unerheblich, ob es sich dabei um Sach- oder Geldspenden handelt.

Öffentlichkeitsarbeit betreiben

Die Dekanate haben, anders als die Kirchengemeinden, die personellen wie finanziellen Ressourcen um eine professionelle Pressearbeit zu dem Thema zu betreiben. Wir fordern daher die Dekanate dazu auf, sich noch intensiver als bisher in ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit dem Thema auseinanderzusetzen und aktive Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Schulung von Ehrenamtlichen und überregionale Vernetzung

Wir fordern die Dekanate auf, sich weiter besonders in der Schulung der Ehrenamtlichen zu engagieren und diese Schulungen auch überregional zu vernetzen, um einen nachhaltigen Wissenstransfer zu ermöglichen.

Bereitstellung angemessener finanzieller und personeller Mittel für die Arbeit mit geflüchteten Menschen

Wir stellen die Forderung, dass die Arbeit mit geflüchteten Menschen in den Kirchengemeinden mit angemessenen finanziellen Mittel ausgestattet wird, die eine dauerhafte und nachhaltige Arbeit mit und für geflüchtete Menschen ermöglichen. Die gegenwärtige Situation der geflüchteten Menschen wird sich nicht innerhalb weniger Jahre ändern. Es ist davon auszugehen, dass die dauerhafte Inklusion der geflüchteten Menschen in unserer Gesellschaft eine der großen Herausforderungen der nahen wie mittleren Zukunft sein wird. Dazu ist es notwendig, dass die Kirchengemeinden mit angemessenen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Darüber hinaus stellen wir die Forderung auf, dass die Dekanate in der Pflicht sind, weitere personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeit mit Geflüchteten Menschen neben der finanziellen Stabilität auch eine personelle zur Verfügung gestellt wird.

Beratung der Gemeinden

Wir fordern die Dekanate auf, sich gemeinsam mit den Gemeinden zu vernetzen um als dauerhafte Beratungsstelle in Fragen der Flüchtlingspolitik fungieren zu können. Eine dauerhafte Beratung kann nur dann funktionieren, wenn sowohl die finanziellen als auch die materiellen Ressourcen in ausreichendem Maß vorhanden sind. Dekanate sollten mittel- und langfristig zu zentralen Anlaufstellen für ehren- sowie hauptamtliche Mitarbeitende, aber auch für geflüchtete Menschen bei vielen Fragen werden.

Kontakte in (politische) Gremien

Wir fordern von den Dekanaten sich in den kommunalen politischen Gremien erkennbar als evangelische Kirche zu engagieren und aktiv an der Gestaltung der regionalen Flüchtlingspolitik mitzuwirken. In den Gremien der Kommunalpolitik werden wegweisende Entscheidungen getroffen, die dauerhaften Einfluss auf die Arbeit mit geflüchteten Menschen haben werden. Gerade im Vorfeld von Wahlen sollte hier ein nicht unerheblicher politischer Druck aufgebaut werden, um die Thematik in der Öffentlichkeit präsent zu halten. Eine enge Abstimmung mit den politischen Akteur*innen vor Ort ist dafür unerlässlich.

Andere Themen nicht aus dem Auge verlieren

Auch wenn der Fokus unserer Arbeit derzeit klar und eindeutig auf dem Thema Flucht liegt, so dürfen wir alle, also auch die Dekanate, die Aufmerksamkeit und Zuwendung für andere Themen unserer Arbeit nicht verlieren. Hier sehen wir die Dekanate als regionale Koordinationsstelle der Evangelischen Arbeit besonders in Pflicht und fordern hier eine besondere Aufmerksamkeit.

Organisation dekanatsübergreifender Aktionen

Wir fordern von allen Dekanaten ein sensibles Bewusstsein dafür zu entwickeln, welche Aktionen einen überregionalen Charakter haben und welche lediglich regional sinnstiftend sind. Hierzu ist es notwendig, dass alle Dekanate die Aktionen der „Nachbarn“ kennen und sich bereits frühzeitig miteinander vernetzen.

Höherinstanzliche Forderungen aufgreifen und vertreten

Wir sehen die Dekanate auch als Sprachrohr der Kirchengemeinden und untereinander, gegenüber der EKHN und der EKD. Wir fordern daher von allen Dekanaten, dass sie immer im Blick behalten, sich gegenüber den Kirchengemeinden als Sozialanwalt zu verstehen und ihre Interessen gegenüber höheren Instanzen wahrzunehmen.

Unsere Forderungen

...an die EKHN

Wir begrüßen die bisherigen und geplanten Anstrengungen der EKHN im Bereich der Arbeit mit geflüchteten Menschen. Besonders die Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel ist ein wichtiger Schritt und deutliches Zeichen der Verantwortung.

Finanzielle und moralische Unterstützung

Wir fordern von der Evangelischen Kirche in Hessen Nassau (EKHN), dass sie sich weiterhin mit angemessenen finanziellen wie personellen Ressourcen dem Thema Flüchtlingsarbeit annimmt und alles in ihrer Macht stehende tut, das Thema auch in Zukunft mit hoher Priorität zu behandeln. Dabei ist es unerlässlich, dass sich die EKHN auch mit moralischer Unterstützung an ihre Ehren- wie Hauptamtlichen wendet und diesen in ihrer täglichen Arbeit beisteht.

Qualifiziertes Personal

Wir fordern die EKHN dazu auf mehr spezialisiertes Personal für die Flüchtlingsarbeit einzusetzen wie Dolmetscher*innen, Seelsorger*innen und internationale Lehrer*innen. Nur durch hoch spezialisiertes Personal kann gewährleistet werden, dass die gegenwärtigen Strukturen auch weiterhin funktionieren und die geflüchteten Menschen optimal betreut und geschult werden.

Bessere Betreuungen der Ehrenamtlichen

Ehrenamtliche sind ein unverzichtbarer Teil der Arbeit mit geflüchteten Menschen geworden. Sie brauchen eine optimale Betreuung und auch eine optimale Schulung. Wir fordern die EKHN daher dazu auf, das bestehende Schulungsangebot zu erweitern und mit zusätzlichen finanziellen Investitionen zu versehen.

Öffentliche Veranstaltungen und klare öffentliche Positionierung

Die EKHN wird aufgefordert, sich mit öffentlichen Informationsveranstaltungen an die Bevölkerung zu wenden um bestehenden Vorbehalten und Ängsten entgegenzuwirken. Wir begrüßen die klare und eindeutige Positionierung der EKHN in der Öffentlichkeit zu dem Thema Flucht und wünschen uns weitere deutliche Zeichen.

Finanzielle Unterstützung der Dekanate

Die EKHN wird aufgefordert, für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Dekanate Sorge zu tragen. Die Dekanate sind, wie die Forderung nach einer engen Koordination die in diesem Papier bereits angeklungen ist, zentrale Anlaufstellen für Beratungen und Probleme aller Art. Sie vertreten die Landeskirche in der Fläche und müssen aus diesem Grund unbedingt mit angemessenen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Keine Abschöpfungen in der Kinder- und Jugendarbeit

Neue Herausforderungen bedingen immer eine Anpassung bestehender Systeme an die aktuelle Situation. Die Kinder- und Jugendarbeit weiß, dass immer neue Aufgaben auf sie warten und die Verantwortung stetig steigen wird. Wir fordern aber auch, dass keine Abschöpfungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zugunsten anderer Projekte erfolgen darf, da gerade an diese Stelle derzeit die größten Aufgaben zu bewältigen sind.

Gute Beispiel und Projekte sammeln und präsentieren

Wir fordern die EKHN auf, eine Anlaufstelle für „best-practice Beispiele“ im Gebiet der EKHN im Bereich der Arbeit mit geflüchteten Menschen zu errichten, die gute Arbeit mit Modellcharakter sammelt und allen Beteiligten öffentlich zugänglich macht. Dadurch kann gewährleistet werden, dass ein optimaler Wissenstransfer stattfindet und gelungene Beispiele guter Arbeit mit geflüchteten Menschen einen würdigen Rahmen bekommen.

Zusätzliche pädagogische Betreuung für geflüchtete Menschen einrichten

Die Zahl der pädagogischen Betreuungsangebote auf dem Gebiet der EKHN ist nach wie vor noch unzureichend. Wir fordern daher die EKHN auf, zusätzliche pädagogische Betreuungsstellen zu schaffen um eine optimale Betreuungsdichte zu gewährleisten.

Zuschüsse für kreative Angebote schaffen

Kreative Angebote im Bereich der Arbeit mit geflüchteten Menschen werden immer noch nachrangig bezuschusst. Kreative Angebote bilden eine abwechslungsreiche Alternative zu anderen Angeboten und sollten daher intensiver angeboten werden. Wir fordern die EKHN daher auf, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen um dieses Defizit zu beheben.

Unsere Forderungen

...an die EKD

Waffenexporte anprangern!

Wir sehen eine klare Verbindung zwischen der jahrelang getätigten Praxis der Waffenexporte - entgegen jeder Beteuerung auch in Krisenregionen - und den gegenwärtigen Fluchtbewegungen. Menschen fliehen vor Kriegen, die auch erst dadurch in ihrer Brutalität möglich wurden, indem deutsche Waffensysteme zum Einsatz kamen und kommen. Hier steht die Bundesrepublik in einer erheblichen Verantwortung. An dieser Stelle fordern wir die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) daher auf, sich dem Thema bundesweit anzunehmen und die Bundesregierung und alle beteiligten Akteur*innen immer wieder auf diesen Umstand anzusprechen.

Internationaler Austausch

Wir fordern die EKD dazu auf, sich weiter international mit anderen Kirchen und Religionen zu vernetzen und bestehende Netzwerke auszubauen. Gerade in der Kinder- und Jugendarbeit ist Internationalität ein entscheidender Faktor im Austausch untereinander und in der Bildungsarbeit. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte begrüßen wir daher ausdrücklich und wünschen uns, diesen Weg gemeinsam mit der EKD gehen zu können.

Politisch Einfluss nehmen

Die EKD ist für die Politik ein wichtiger, strategischer Faktor. Ihr moralischer Vertrauensvorsprung öffnet ihr viele Türen. Wir fordern die EKD daher auf, künftig noch stärker als bisher politisch Einfluss zu nehmen und die Fragen von Flucht und Migration weiterhin kritisch und mit Nachdruck auf die politische Agenda zu setzen. Hierzu zählt auch, dass die EKD aufgefordert wird, ihrerseits die Bundesregierung aufzufordern, sich eindeutiger gegen den Rechtsextremismus zu positionieren.

Filmprojekt

Wir fordern die EKD auf, sich in einem eigenen Filmprojekt mit der Frage nach Flucht und Migration auseinanderzusetzen. Dieses filmische Projekt soll gleichzeitig aufklären, aber auch einen Aufruf zum Engagement beinhalten.

Wohnraum stellen

Wohnraum ist das derzeit wohl knappste Gut. Dies gilt vor allen Dingen in der Frage des bezahlbaren Wohnraums und des sozialen Wohnungsbaus. Die EKD wird aufgefordert, ihre gesamten Immobilien kritisch unter der Frage nach Verwertbarkeit als Unterkünfte für geflüchtete Menschen zu untersuchen. Infrage kommende Immobilien sollen dann entsprechend umgewandelt werden.

Folgen für unsere Kirche

Auch wenn die Kirche in Deutschland nicht als einheitliches Gebilde gesehen werden kann, ergeben sich aus den hier formulierten Forderungen eindeutige Vorteile und positive Konsequenzen für die Kirche als Ganzes.

Menschen mit unseren Gedanken anregen

Es kann uns über eine gute Arbeit wieder gelingen Menschen anzusprechen und sie mit unseren Gedanken und Taten positiv anzuregen. Durch Entschlossenheit und Mut kann es uns gelingen Menschen wieder mit den Werten des christlichen Glaubens und insbesondere der Nächstenliebe zusammenzuführen. Wir demonstrieren aktiv unseren Glauben und reißen damit andere Menschen mit.

Die christliche Verantwortung im Blick behalten

Durch unsere Taten kann es uns gelingen, dass wir zu einem Zustand der christlichen Selbstvergewisserung vorstoßen, das uns ein ganz neues Bild von uns selbst geben kann. Wir können es schaffen, eine neue christliche Identität aufzubauen und in die Zukunft zu tragen.

Dialogische Partnerschaft für Politik und Gesellschaft sein

Durch den kontinuierlichen und in diesem Positionspapier ja auch immer wieder geforderten Dialog mit Politik und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen, können wir uns dauerhaft als strategische Partnerin von Bundesregierung und anderen nationalen Organisationen etablieren. Dies ermöglicht es uns künftig in weiteren Fragen (Klimaschutz, Gerechtigkeit, humane Wirtschafts- und Sozialpolitik) Zugang zum Dialog mit den relevanten Gruppierungen und Institutionen zu erhalten.

Ausblick

Das vorliegende Positionspapier stellt einen umfassenden Katalog an Maßnahmen auf, der sich an der gegenwärtigen Realität der geflüchteten Menschen, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Jugend in Hessen in Nassau orientiert. Die gegenwärtige Situation bringt Menschen und Strukturen an ihre Belastungsgrenzen. Diese Herausforderung zu meistern, die Folgen zu tragen und dabei immer Mensch und Christ*in zu sein, wird eine allumfassende Aufgabe der nächsten Jahre bleiben.

Wenn wir einen kleinen Ausblick wagen, stellen wir uns die Frage:

Wo sehen wir uns in 12 Monaten?

Wenn es uns gelingen kann uns den Herausforderungen zu stellen, könnten wir einen Zustand erreicht haben, in dem Ängste genommen wurden, Menschen die Begegnung zueinander fanden und mehr Inklusion auf allen Ebenen erreicht wurde. Fremdenfeindlichkeit ist wieder ein Randphänomen geworden und die Menschen begegnen sich in unserem Land wieder mit Freundlichkeit und Toleranz. Wieviel Wunschdenken in dieser Prognose verborgen liegt, kann an dieser Stelle nicht vertieft diskutiert werden.

Im Idealfall haben sich die hier geforderten Maßnahmen in den Dekanaten und Kirchengemeinden als stehendes Angebot etabliert, vielleicht sind sie noch im Abstimmungsprozess. Eines steht aber fest: Das Thema wird noch lange die öffentliche Agenda dominieren.

Das vorliegende Positionspapier versteht sich als Anstoß zur Erlangung eines Bewusstseins dafür, dass finanzielle Ausstattung und personelle Aufstockungen auf nahezu allen Ebenen der Landeskirche und ihrer Verbände kein notwendiges Übel, sondern eine vernünftige und gebotene Maßnahme dafür ist, Arbeit mit geflüchteten Menschen professionell und wertschätzend zu gestalten.

Leider werden wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich das mediale Rad bald weiterdrehen wird und andere Themen die Medienagenda dominieren werden. Wir sollten die derzeitige Aufmerksamkeit also noch nutzen, um aktiv und entschlossen für die Anliegen der geflüchteten Menschen zu kämpfen und zu streiten.

